

Manifest eines Privatpatienten

# Friede den Ärzten, Kampf den Gleichmachern!

Solidarität durch Gleichmacherei? Falsch! Wer wie Bundesgesundheitsministerin Schmidt die PKV platt machen will und glaubt, so die GKV stabilisieren zu können, muss scheitern. PKV schließt Solidarität nicht nur nicht aus, sie schafft überhaupt erst die Basis dafür, wie A&W-Autor Dr. Lothar Krimmel, Privatpatient seit 1957, in seinem Manifest darlegt.

## I. Grundsätzliches

**1.** Die freie Entfaltung meiner Persönlichkeit gerade auch im höchstpersönlichen Bereich meiner eigenen Gesundheit betrachte ich als ein unveräußerliches Grundrecht, welches mir in Artikel zwei des Grundgesetzes garantiert wird.

**2.** Ich will in allen Bereichen, die meine Gesundheit betreffen, in Absprache mit meinem Arzt frei entscheiden können. Ich will ausdrücklich nicht, dass staatlich kontrollierte Gremien unter finanziellen Aspekten entscheiden, was ich zur Förderung meiner Gesundheit oder im Krankheitsfall in Anspruch nehmen darf. Ich bin bereit, für diese Freiheit einen entsprechenden Preis zu bezahlen.

**3.** Ich bin bereit, zu Gunsten der Investition in meine Gesundheit auf andere teure Wahlentscheidungen wie Fernreise, Luxusauto oder Eigenheim zu verzichten. Ich erwarte, dass ein demokratischer Rechtsstaat seinen Bürgern die Freiheit garantiert, private Mittel aufgrund solcher persönlicher Erwägungen einzusetzen.

## II. Meine Ansprüche

**4.** Ich will, dass mein Arzt mir im Krankheitsfall die aus seiner Sicht optimale Behandlung anbieten kann, ohne hiervon aufgrund sozialrechtlicher Einschränkungen, finanzieller Erwägungen oder der Zwänge des Wirtschaftlichkeitsgebots Abstriche machen zu müssen. Ich bin bereit, für den Anspruch auf optimale Behandlung entsprechend mehr zu zahlen.

**5.** Ich will unter verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten die für mich komfortabelste wählen können, auch wenn diese Behandlung nach den Kriterien der gesetzlichen Krankenversicherung als „unwirtschaftlich“ gelten sollte. Ich bin bereit, für diesen Komfort entsprechend mehr zu zahlen.

**6.** Ich will einen ungeschmälernten Zugang zu allen medizinischen Innovationen haben und nicht davon abhängig sein, ob und wann staatlich kontrollierte Gremien eine bestimmte Innovation als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung anerkennen. Ich bin bereit, für diesen Anspruch entsprechend mehr zu zahlen.

**7.** Ich will von meinem Arzt jeweils so ausführlich wie möglich beraten werden und alle für mich relevanten Fragen eingehend erörtern können, auch wenn der erhöhte Zeitaufwand meines Arztes nach den Kriterien der gesetzlichen Krankenversicherung als „unwirtschaftlich“ gelten sollte. Ich bin bereit, die erhöhte Beratungszeit entsprechend zu vergüten.

**8.** Ich will bei Bedarf einen umgehenden Termin bei meinem Arzt erhalten können, auch wenn dies mit erhöhtem organisatorischem oder zeitlichem Aufwand der Praxis verbunden ist. Ich bin bereit, meinem Arzt den erhöhten Aufwand entsprechend zu vergüten.

**9.** Ich will bei Wahrnehmung meines Behandlungstermins keine Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, auch wenn dies mit

erhöhtem organisatorischem oder zeitlichem Aufwand der Praxis verbunden ist. Ich bin bereit, meinem Arzt den erhöhten Aufwand entsprechend zu vergüten.

**10.** Ich will, dass mich mein Arzt im Krankheitsfall auf meinen Wunsch auch dann zu Hause besuchen kann, wenn es mir zumutbar wäre, ihn in der Praxis aufzusuchen. Ich bin bereit, diesen Komfort entsprechend zu vergüten.

**11.** Ich will Zugang zu allen Ärzten haben und nicht auf die im System der gesetzlichen Krankenversicherung tätigen Ärzte beschränkt sein. Dies gilt insbesondere für meinen Wunsch, bei schwerwiegenden Erkrankungen den für die betreffende Behandlung besten Experten aufsuchen zu können. Ich bin bereit, hierfür entsprechend mehr zu zahlen.

**12.** Ich will, dass ich auch für die Behandlung meiner Kinder diese Freiheiten in Anspruch nehmen kann. Ich bin bereit, auch für deren Behandlung einen entsprechend höheren Preis zu zahlen.

**13.** Ich will, dass mein Arzt für meine Behandlung eine angemessene und im Vorhinein kalkulierbare Vergütung erhält, damit unser Vertrauensverhältnis nicht durch eine unklare oder unangemessen niedrige Vergütung gestört wird. Ich bin bereit, hierfür entsprechend mehr zu zahlen.

## III. Meine Verantwortung

**14.** Ich wünsche eine ausreichende medizinische Versorgung für alle Menschen, nicht nur in Deutschland. Ich bin bereit, mich an der Realisierung dieses Anliegens in dem mir möglichen Rahmen zu beteiligen.

**15.** Meine besondere Verantwortung gilt der Sicherstellung einer ausreichenden medizinischen Versorgung für alle Bürger in Deutschland. Ich bin bereit, mich über Steuerzahlungen an der Finanzierung der medizinischen Versorgung derjenigen Bürger zu beteiligen, die sich eine solche Versorgung nicht aus eigener Kraft leisten können. Diese Solidarität setzt allerdings voraus, dass die be-

treffenden Bürger sich durch gesundheitsbewusstes Verhalten und Begrenzung der Inanspruchnahme auf die unbedingt notwendigen Leistungen ebenfalls solidarisch verhalten.

**16.** Als Bürger dieses Staates halte ich das Gesundheitswesen für einen wichtigen Zukunftsmarkt mit hohem Beschäftigungspotenzial. Ich bin davon überzeugt, dass meine überdurchschnittlichen Beiträge zur Finanzierung meiner überdurchschnittlichen gesundheitlichen Ansprüche auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind und damit dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

## IV. Mein Widerstand

**17.** Ich erwarte von Seiten des Staates, dass alles unterlassen wird, was mein Grundrecht auf freie Entfaltung meiner Persönlichkeit im Bereich meiner Gesundheit einschränken könnte. Ich werde allen denjenigen entschieden entgegentreten, die dieses elementare Grundrecht in verfassungswidriger Weise unter Bezugnahme auf Parolen des Klassenkampfes einschränken wollen.

**18.** Ich habe stets einen überdurchschnittlichen Beitrag zur privaten Krankenversicherung entrichtet. Die für meine privatmedizinische Behandlung gebildeten Rückstellungen sind mein Eigentum und unterstehen dem besonderen Schutz des Artikels 14 des Grundgesetzes. Ich werde mich gegen jeden Versuch der Enteignung zur Wehr setzen.

**19.** Ich lehne es entschieden ab, zwangsweise in ein Versorgungssystem einbezogen zu werden, in dem staatliche und halbstaatliche Stellen nach von mir nicht beeinflussbaren Kriterien darüber entscheiden, auf welche Leistungen ich im Krankheitsfall Anspruch habe oder nach welchen Vorgaben mich mein Arzt im Krankheitsfall behandeln soll.

**20.** Falls ich gegen meinen Willen zur Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenversicherung gezwungen werden sollte, werde ich umgehend Wege beschreiten, meine individuellen gesundheitlichen Ansprüche auf anderem Wege zu realisieren. ■